

# Starkes Bayern – starkes Europa Europa – stark, schlank, stabil

---

**Freitag, 20.09.2019 um 15:30 Uhr**

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

---

## EU – Balance aus Solidarität und Solidität

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Europaabgeordnete  
Hohlmeier, liebe Monika,

sehr geehrter Herr stellvertretender  
Generalsekretär Hahn,

sehr geehrter Herr Vizepräsident des  
Bayerischen Landtags Rinderspacher,

sehr geehrter Herr Dr. Helmenstein,

sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der  
europäischen Schwesterverbände,

meine Damen und Herren,

ich begrüße Sie zu unserer heutigen  
Veranstaltung, die in diesem Format bereits  
zum fünften Mal stattfindet. Ich freue mich  
sehr, dass Sie bei uns sind!

Knapp vier Monate liegt die Europawahl jetzt  
zurück. Die Herausforderungen für die EU sind  
seitdem nicht kleiner geworden.

Heute wollen wir mit Ihnen darüber diskutieren, welchen Kurs die EU in der neuen Legislaturperiode einschlagen muss.

Die Europäische Union muss gegenwärtig mit Unwägbarkeiten zurechtkommen, die vielschichtig sind.

Zum einen sind da die bekannten weltwirtschaftlichen Probleme. Ich nenne nur den Handelskonflikt zwischen den USA und China und die Handelsstreitigkeiten zwischen den Vereinigten Staaten und der EU.

Laut Internationalem Währungsfonds wird die globale Wirtschaft im laufenden Jahr nur noch um 3,2 Prozent wachsen. Das wären 0,6 Prozentpunkte weniger als noch 2017.

Europa muss in dieser verfahrenen Situation einen Weg finden, um die Handelsstreitigkeiten mit den Vereinigten Staaten auszuräumen.

Denn der transatlantische Handel ist eine bedeutende Stütze unserer europäischen Wirtschaft. Ohne einen Ausgleich mit den USA drohen uns weitere konjunkturelle Rückschläge.

Hinzu kommen Herausforderungen auf der institutionellen Ebene. Im Zuge der Europawahl hat sich die Macht-Arithmetik zulasten des Parlaments verschoben – zumindest bei der Besetzung des EU-Spitzenpersonals.

Das Auswahlverfahren der neuen Kommissionspräsidentin war – völlig unabhängig von ihrer Eignung für das Amt – keine Sternstunde der Demokratie.

Das europäische Parlament musste am Ende kleinbeigeben.

Zudem sind die neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament kompliziert, weil die bisherige Stimmenmehrheit von EVP und Sozialdemokraten nicht mehr gegeben ist.

Die Parteien müssen in Zukunft viel stärker um Kompromisse und Mehrheiten ringen – das wird Auswirkungen auf das Gestaltungstempo europäischer Politik haben.

Die jetzt vorgestellten Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommission müssen in den nächsten Wochen zunächst noch vom Parlament bestätigt werden. Rund die Hälfte des neuen Kollegiums ist weiblich. Das begrüßen wir.

Nach der Bestätigung müssen die vielen neuen Köpfe in ihr Amt finden. Die Einarbeitung muss vor dem Hintergrund der zahlreichen Herausforderungen schnell gelingen!

Im EU-Rat übernimmt Charles Michel das Ruder. Er muss die teils sehr unterschiedlichen Interessen der Mitgliedsstaaten unter einen Hut bringen. Das ist nicht unbedingt neu.

Neu aber ist, dass die traditionell enge Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland zuletzt gelitten hat.

Dass sich der französische Präsident gegen Manfred Weber als Kommissionspräsident gestellt hat, hat die französisch-deutsche Partnerschaft auf die Probe gestellt. Für den Einigungsprozess der EU ist es aber wichtig, dass der französisch-deutsche Motor rund läuft!

Hinzu kommt: In vielen wichtigen Einzelstaaten ist die politische Situation im Moment nicht wirklich stabil – auch das macht die Arbeit im EU-Rat nicht leichter.

- In Spanien ist eine geschäftsführende Regierung im Amt. Das Land steuert auf Neuwahlen zu.
- Österreich hat nach der Ibiza-Affäre nur eine Übergangsregierung.
- Belgien ist seit über 100 Tagen komplett ohne Regierung.

- Italien hat ebenfalls politische Turbulenzen hinter sich. Die neue Konstellation aus Fünf-Sterne-Bewegung und Sozialdemokraten muss starke ideologische Gegensätze überwinden.
- Frankreichs Präsident Macron wiederum musste bei der Europawahl im Mai 2019 eine schwere Niederlage verkraften. Seine innenpolitische Position ist geschwächt.
- Das Vereinte Königreich befindet sich weiter im Chaos.
- Und in Deutschland bleibt zu hoffen, dass die SPD einen neuen Parteivorsitzenden mit wirtschaftspolitischem Weitblick findet
  - davon hängt auch das Fortbestehen der Koalition ab.

All das zeigt: Die EU hat mit großen inneren und äußeren Herausforderungen zu kämpfen.

Deshalb braucht Europa dringend ein klares und kraftvolles Programm, das die Union zukunftsfest macht!

Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat viele starke Ideen zur Weiterentwicklung Europas geäußert.

Auf der anderen Seite hat sie aber auch eine Reihe an Plänen formuliert, die wir als bayerische Wirtschaft sehr kritisch sehen.

Zwar hat die Nachfolgerin von Jean-Claude Juncker gezeigt, dass Sie eine überzeugte Europäerin ist. Sie rückt die europäische Solidarität richtigerweise in den Fokus.

Ebenso wichtig ist aber die europäische Solidität – und genau hier besteht Optimierungsbedarf.

Meine Damen und Herren,

auch wir als Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sind der Ansicht, dass Europa in



zahlreichen Politikfeldern noch viel enger zusammenrücken muss.

Das scheinbar endlose Brexit-Verfahren zeigt erfreulicherweise, dass die Europäer zusammenstehen, wenn es ums Eingemachte geht.

Und deshalb ist dieser eigentlich negative Prozess auch eine Chance, um die europäische Solidarität in anderen Bereichen zu festigen.

Mehr Europa brauchen wir beispielsweise in der Handelspolitik. Im Handelsstreit mit den USA muss die EU mit einer Stimme sprechen, um die gewünschten Verhandlungsergebnisse zu erzielen.

Mehr Europa brauchen wir auch in der Asyl- und Migrationspolitik. Die EU braucht ein gemeinsames, europäisches Asylsystem. Der Schutz der Außengrenzen ist ebenso Gemeinschaftsaufgabe wie die Integration der Geflüchteten.

Mehr Europa brauchen wir in der Außen- und Sicherheitspolitik. Hier müssen wir vor allem Synergien nutzen und dadurch Kosten sparen. Eine europäische Verteidigungsunion ist überfällig!

Mehr Europa brauchen wir zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts. Dieser Binnenmarkt ist eines der zentralen Symbole europäischer Identität und muss zügig vollendet werden. Dazu gehört es unter anderem, die Mehrwert- und Körperschaftsteuer zu harmonisieren.

Kontraproduktiv ist es, wenn einzelne Länder die europäischen Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarkts infrage stellen. So verstößt die Tirol-Blockade klar gegen den freien Warenverkehr. Hier müssen wir auch im Sinne des Einigungsprozesses schnell eine Lösung finden! Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir beim Zulauf zum Brenner-Basis-Tunnel

zünftig vorankommen müssen, um einen Teil der Verkehrslast von der Straße auf die Schiene zu bringen. Hier sind wir Deutsche gefordert!

Wichtig ist es schließlich auch, den digitalen Binnenmarkt voranzutreiben. Nur so können wir das Wachstumspotenzial der Digitalwirtschaft optimal nutzen.

Mehr Europa brauchen wir in der Bildungspolitik. Sinnvoll ist etwa eine europaweite Anerkennung von Bildungsabschlüssen sowie die Förderung von Auslandsaufenthalten und Weiterbildung.

Mehr Europa brauchen wir beim Thema Arbeitnehmerfreizügigkeit. Uns Europäern muss es möglich sein, grenzüberschreitend zu arbeiten, ohne über bürokratische Hindernisse zu stolpern. Deshalb brauchen wir dringend praxistaugliche Regelungen für Auslandseinsätze von Arbeitnehmern –

Stichwort Erleichterungen bei  
A1-Bescheinigungen.

Mehr Europa brauchen wir schließlich auch in der Umwelt- und Klimapolitik, die die EU unbedingt gemeinsam angehen muss – und hierbei weltweit Vorreiter sein kann. Diese Umwelt- und Klimapolitik muss intelligent, innovativ und ideologiefrei sein. Sie muss realistische Ziele vorgeben, den betroffenen Sektoren eine Transformation ermöglichen, technologieoffen sein und vor allem auf Lösungen aus der Wirtschaft setzen. Und sie muss Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit im Blick behalten.

Kurzum: Die Europäische Union ist ein *Staatenverbund*. Diesen Verbund gilt es zu festigen – über eine stärkere Kooperation in vielen verschiedenen Politikfeldern.

Gleichzeitig müssen wir uns bewusst machen, dass es souveräne Einzelstaaten sind, die diesen Verbund tragen. Am Subsidiaritätsprinzip darf deshalb nicht gerüttelt werden.

Gerade die Sozialpolitik muss Sache der Mitgliedsstaaten bleiben.

Historisch gewachsene, höchst unterschiedliche Sozialsysteme mit einer Vielzahl einzelstaatlicher Regelungen können und dürfen nicht über einen Kamm geschert werden.

Wir begrüßen, dass die neue Kommissionspräsidentin dem künftig zuständigen Kommissar Nicolas Schmit aus Luxemburg aufgetragen hat, die Sozialpartnerschaft und den sozialen Dialog zu stärken.

Doch als vbw lehnen wir eine weitere Erhöhung der – im internationalen Vergleich schon sehr hohen – Sozialstandards ab.

- Wir brauchen keinen europäischen Mindestlohn, der Bürokratie schafft und Beschäftigungschancen vernichtet.
- Wir brauchen keine europäische Arbeitslosenversicherung, die manche Staaten dazu verleiten kann, Reformen zu verschieben.
- Und wir brauchen keine Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik, die die Souveränität der Mitgliedsstaaten massiv einschränkt.

Auch in der Steuerpolitik müssen wir am Prinzip der Einstimmigkeit festhalten.

Wenn die europäische Steuerpolitik nicht zum nationalen Steuerrecht passt, trifft das vor allem die Unternehmen.

Wenn die Mehrheitsentscheidungen dann auch noch einen politischen Lenkungsanspruch erfüllen sollen, besteht die Gefahr, dass Schlüsselbranchen in einzelnen Ländern

geschwächt werden und die Umverteilung voranschreitet.

Das kann nicht die Lösung sein!

In der Summe heißt all das: Die europäische Solidarität hat dort Grenzen, wo sie die europäische Solidität infrage stellt!

Denn diese Solidität ist erst die Voraussetzung dafür, dass wir in Europa solidarisch sein können.

Als vbw sind wir der Ansicht:

wir brauchen in der EU

- weniger Transfers,
- weniger Bürokratie,
- und weniger Regulierung.

und wir brauchen

- mehr Wettbewerbsfähigkeit,
- mehr Wertschöpfung,

- und mehr Wirtschaftspolitik, etwa über innovationsfreundliche Rahmenbedingungen für unsere Unternehmen!

Zudem brauchen wir einen starken Fokus auf Zukunftstechnologien und die Industrie.

Schwerpunkte müssen die Digitalisierung aber auch Energie, Mobilität, Bio- und Nanotechnologien sowie Luft- und Raumfahrt sein!

Ein wichtiger Baustein ist schließlich auch eine starke Industrie – überall in Europa.

Wir begrüßen den wiedergewonnenen Stellenwert der Industrie in der europäischen Politik.

Ziel der Europäischen Kommission ist es, den industriellen Wertschöpfungsanteil zu erhöhen.



Um das zu erreichen, muss die EU aber konkret werden und entsprechende Maßnahmen definieren.

Hier sehen wir noch Luft nach oben.

Meine Damen und Herren,

Europa liegt uns als bayerischer Wirtschaft sehr am Herzen! Wir sind überzeugte Europäer und haben vor der Wahl entschieden dafür geworben, den Populisten Paroli zu bieten.

„Europa wählen!“, das war unser Motto.

„Europa stärken!“, das ist nun unser Motto!

Kommission, Rat und Parlament müssen das Wahlergebnis als Verpflichtung sehen und alles dafür tun, um den Reformprozess der EU erfolgreich zu gestalten.

Aus Sicht der vbw heißt das:

- Europa muss solidarisch sein.
- Europa muss solide sein.

– Und Europa muss mehr Wirtschaft wagen!

Das sind die Kernbotschaften, die ich Ihnen heute vermitteln will.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!